

Viva Sefarad!

SPANIEN Mehrere Einwanderungswellen haben das Gesicht der jüdischen Gemeinde verändert

VON UWE SCHEELE

Sam Anidjar ist stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Gemeinde im südspanischen Málaga, mit 1.000 Mitgliedern eine der wichtigsten Gemeinden in Spanien. Wie fast alle der heute 48.000 Juden im Land ist Anidjar Einwanderer. Er kam 1971 im Alter von fünf Jahren mit seinen Eltern aus dem marokkanischen Tétouan, der früheren Hauptstadt des spanischen Protektorats in Nordafrika.

Seit ihrer Vertreibung von der Iberischen Halbinsel 1492 hatten die spanischen Juden im Maghreb eine neue Heimat gefunden. So lebten Anfang der 50er-Jahre rund 300.000 ihrer Nachfahren in Marokko. Doch mit der Unabhängigkeit des Landes 1956 wuchs der Druck auf die jüdische Minderheit. »Es ist unfassbar, dass wir in einem Land, in dem wir seit vielen Generationen gelebt hatten, plötzlich verhasst waren und angegriffen wurden«, sagt Anidjar.

KATHOLIZISMUS Viele wanderten nach Israel aus, aber einige Tausend gingen nach Spanien. Es war die erste jüdische Einwanderungswelle dorthin seit fast 500 Jahren. Als Sam Anidjars Familie 1971 nach Málaga kam, befand sich das Land noch unter dem Joch des Diktators Francisco Franco, und der Katholizismus war die offizielle Religion des Landes. Juden exi-

In den 50er-Jahren kamen viele aus Marokko, später aus Südamerika.

stierten nur in der Vorstellungswelt katholischer Priester und hatten in deren Fabeln lange Schwänze wie der Teufel. »Manche Nachbarn gafften uns auf das Hinterteil, als ob sie tatsächlich nach Schwänzen suchten. Andere fragten uns ganz offen danach«, erinnert sich Anidjar. »Einige Kinder durften nicht mit uns spielen, andere beschimpften uns.« Obwohl es in seiner Schule noch drei andere Juden gab, musste er sich gegen die Ignoranz von Mitschülern und Lehrern wehren. Besonders der Religionsunterricht war eine Tortur: Der Lehrer wollte Anidjar zum Katholizismus bekehren.

Eigentlich hatte die Familie in Málaga nur einen Zwischenstopp bei einem Onkel einlegen wollen, das Ziel war Venezuela. »Aber meine Großeltern wurden krank, und wir blieben.« Anidjar und seine Familie waren Fremde, obwohl sie doch eigentlich eine alte spanische Familie sind. »In der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem habe ich gelesen, dass mein Name wahrscheinlich von dem Ort Nijar in der andalu-



Vielleicht nur eine Frage der Zeit, bis auch in Cordoba wieder jüdisches Leben einzieht. Hier eine Bar im früheren Judenviertel

Foto: dpa

sischen Provinz Almería hergeleitet ist«, erklärt Anidjar. Von dort kamen seine Vorfahren demnach, denn im Mittelalter war das eine übliche Form der Namensgebung.

MAROKKO Die meisten Juden haben Marokko inzwischen verlassen. Das Land erlebte, ähnlich wie Nachbar Spanien fast 500 Jahre vorher, einen wirtschaftlichen, kulturellen und intellektuellen Niedergang. Jahre später forderte Marokkos König die Sefarden zur Rückkehr auf, doch es war zu spät.

Jacques Laredo ist stellvertretender Vorsitzender des Verbands jüdischer Gemeinden in Spanien (FCJE). Auch er hat Marokko in den 60er-Jahren verlassen. Da er aus dem ehemaligen französischen Protektorat kam, ging er zuerst nach Frankreich und kam erst Jahre später nach Madrid.

Laredo ist zuständig für die jüdische Einwanderung in Spanien. Er beschreibt die Probleme, die sich im Zuge dieser ersten jüdischen Immigrationswelle ergaben: »In Madrid und Barcelona hatten sich seit Ende des 19. Jahrhunderts aschkenasische Juden als Gesandte großer europäischer Firmen angesiedelt.« Die kaum mehr als 1.000 ansässigen Aschkenasim seien auf einmal in der Minderheit gewesen. Außerdem waren sie bei Weitem nicht so religiös wie die traditionellen und orthodoxen Sefarden aus Marokko, die bald ihre eigenen, nach der Synagoge ihres Herkunftsortes benannten Vereine gründeten. Jüdische Gemeinden in dem Sinne gab es offiziell noch nicht. »Versammlungen von mehr als zehn Personen mussten angemeldet werden, Synagogen wurden als Privatinrichtungen registriert. Erst 1967 wur-

den die Juden als religiöse Gemeinschaft anerkannt«, berichtet Jacques Laredo.

SÜDAMERIKA In den 70er-Jahren setzte eine neue jüdische Einwanderungswelle ein: Überwiegend aschkenasische Juden flohen vor den sozialen und politischen Konflikten in ihren südamerikanischen Heimatländern. »Diese Leute hatten meist einen hohen Bildungsstand und waren mehr an der Integration in die spanische Gesellschaft und einer vernünftigen Arbeit interessiert als am jüdischen Gemeindeleben«, sagt Laredo. Von der spanischen Öffentlichkeit wurden sie oft gar nicht als Juden wahrgenommen, denn sie gehörten eher liberalen und laizistischen Strömungen des Judentums an. Vielen widerstrebten die traditionellen sefardischen Gemeindestrukturen.

So ging es auch dem gebürtigen Argentinier Jorge Rozenblum, der nach zehnjährigem Aufenthalt in Israel 1984 nach Spanien kam. »Mit 18 ging ich in einen Kibbuz, habe die israelische Staatsbürgerschaft angenommen und Musik studiert. Die argentinische Militärdiktatur habe ich zum Glück nur aus der Ferne miterlebt, aber doch sehr direkt. In unseren Kibbuz kamen Landsleute, die mithilfe der israelischen Botschaft in Buenos Aires geflohen waren und noch einen Tag zuvor gefoltert wurden.« 1982 nahm Rozenblum am Libanon-Krieg teil – eine traumatische Erfahrung, die ihm sein Vertrauen in Israels Politiker verlieren lässt. Nach dem Ende der

Ein Politiker fordert das Recht aller Sefarden auf Einbürgerung.

Militärdiktatur in seinem Heimatland erhält er 1983 seinen argentinischen Pass zurück und geht bald darauf nach Spanien. »Für die Spanier war ich Argentinier. Ich verriet nicht, dass ich aus Israel kam, denn obwohl hier über Jahrhunderte keine Juden lebten, ist der Antisemitismus doch weit verbreitet«, sagt Rozenblum. Er schlug sich mit Gelegenheitsjobs durch, bis er in Madrid sein Auskommen als Musiker fand. Er spielt zusammen mit dem spanischen Meister der Alten Musik, Eduardo Paniagua, gründet mit ihm die Gruppe »Sefarad en Al-Andalus«. »Mit der jüdischen Gemeinde hatte ich eigentlich nie etwas zu tun, die Verbindung entstand über die Musik«, erzählt er. Seit einigen Jahren ist er freier Mitarbeiter von Radio Sefarad, dem Internet-Radio des Verbands jüdischer Gemeinden in Spanien.

DOPPELPÄSSE Bei einem Festakt zum 500. Jahrestag der Vertreibung der Juden aus Spanien 1992 in der Madrider Synagoge würdigte König Juan Carlos I. die Rückkehr der Gemeinde in ihre angestammte Heimat. Den starken Worten des Königs sollten Taten folgen, meinte Jorge Trias Sagnier. Der spanische Anwalt und Politiker setzt sich seither dafür ein, dass die hauptsächlich im Mittelmeerraum und auf dem Balkan lebenden Nachfahren der aus Spanien vertriebenen Juden die spanische Staatsangehörigkeit erhalten. Einen ersten Erfolg gab es im Februar 2006, als die spanische Regierung 22 Sefarden aus Istanbul aufgrund ihrer Abstammung die spanische Staatsangehörigkeit bewilligte. Seither fordert Trias Sagnier das Recht aller Sefarden auf Einbürgerung. In den vergangenen Jahren haben nach seiner Auskunft 400 Sefarden aus aller Welt einen Einbürgerungsantrag gestellt. Sefarad wächst wieder.

Das große Geld

SCHWEIZ Was Juden in Zürich vom deutschen Steuerdaten-Deal halten

Das Damoklesschwert schwebt über den 200 Milliarden Euro, die deutsche Kunden auf Konten in der Schweiz gelagert haben. Der lange Arm der deutschen Steuerbehörden greift nach diesen unversteuerten Guthaben. Dabei schrecken sie auch vor unlaute Methoden nicht zurück. Ein ehemaliger Mitarbeiter einer Schweizer Bank hat rund 1.500 streng vertrauliche Kundendaten kopiert und verkauft sie nun für 2,5 Millionen Euro an die Bundesregierung. Der deutsche Fiskus erhofft sich davon 400 Millionen Euro Steuereinnahmen.

Politiker und Medien in der Schweiz sind empört, das Wort »Hehlerer« macht die Kunde. Auch in Deutschland ist der Deal nicht unumstritten. Der Hamburger Steuerstrafrechtler Erich Samson sagte dem Zürcher »Tagesanzeiger«, der Staat verliere seine innere Legitimation, Straftaten zu verfolgen, wenn er bei der Verfolgung selbst Straftaten begehe. In die gleiche Kerbe schlägt Baden-Württembergs Justizminister Ulrich Goll. Es sei eine »unerträgliche Vorstellung«, wenn mit Ganoventgeald werde, sagt der FDP-Politiker.

Zürich ist nicht nur ein wichtiger Finanzplatz, sondern auch die Heimat der

größten jüdischen Gemeinde der Schweiz. Rund 6.000 jüdische Einwohner leben in der Limmatstadt. Die Banken sind hier überall präsent, bieten viele Arbeitsplätze und generieren beträchtliche Steuereinnahmen. Die Meinungen über den Bankdaten-Diebstahl gehen in Zürich auseinander – auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft.

Beim Kiddusch in einer Zürcher Synagoge sorgte das Thema am Wochenende für Gesprächsstoff. »Der Staat hat das Recht, Daten zu beschaffen, um Steuern einzutreiben. Wenn er aber zu illegalen Mitteln greift, ist das problematisch«, sagt David, Mitarbeiter einer Bank. Andreas stimmt ihm zu: »Der Kauf vermittelt die gefährliche Botschaft, dass der Zweck die Mittel heilige.« Damit motiviere man zu weiteren Datendiebstählen und zu Industriespionage. Besonders problematisch sei, dass Deutschland das Gesetz eines anderen Landes missachtet, findet Andreas. Shira



Scheibe des Anstoßes: CD mit Bankdaten

hingegen zeigt ein gewisses Verständnis für den großen Druck aus Deutschland und empört sich über das Schweizer Bankkundengeheimnis: »Es beschützt seit Jahrzehnten Steuerhinterzieher, und auch Kriminelle können wegen der Schweigepflicht der Banken ihr Geld in der Schweiz bunkern, wenn sie es schlau anstellen.« Dem widerspricht David: »In anderen Ländern ist es viel einfacher, sein Schwarzgeld zu verstecken, die Schweiz verfügt über sehr strenge Geldwäschegesetze.

Yael solidarisiert sich mit den deutschen Kunden, die ihr Geld nicht deklarieren: »Wenn der Steuersatz so extrem hoch ist wie in Deutschland, möchte doch jeder sein Vermögen vor den Klauen des Fiskus schützen. Zudem dürfe man nicht vergessen, dass das Bankgeheimnis jüdischen Menschen aus ganz Europa vor und während des Krieges geholfen hat, ihr Geld vor den Nazis auf Schweizer Konten in Sicherheit zu bringen, sagt Yael.

In der Kiddusch-Diskussion taucht unter anderem die Frage auf, was wohl die Halacha, das jüdische Religionsgesetz, dazu sagt, dass man sich vor Steuerzahlern drückt. Der Gemeindevorsteher der Israelitischen Kultusgemeinde Zürich (ICZ), Marcel Yair Ebel, verweist auf das halachische Konzept von »Dina de Malchuta gina«, das in der gesamt Diaspora gilt: »Wenn man sich halachisch richtig verhalten will, muss man sich an das Gesetz des Landes halten, in dem man wohnt«, sagt Ebel. Aus einer halachischen Perspektive sei es also nicht in Ordnung, den Steuerbehörden die Vermögensverhältnisse zu verschweigen und dadurch weniger Steuern zu bezahlen.

Trotz Widerstands in der Schweiz und in Deutschland werden mit den berichtigten Daten mit großer Wahrscheinlichkeit demnächst deutsche Steuersünder überführt. Wie sich der Datenhandel auf die Schweiz auswirkt, wird sich zeigen. Viele Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Zürich verfolgen die Entwicklung jedenfalls sehr genau. Denn allen ist die große Bedeutung des Bankwesens für ihre Stadt und für die gesamte Schweiz bewusst. Lukas Dreifuss